



Österreichischer  
Gemeindebund

Arbeitskreis 1 – Der neue Finanzausgleich  
**66. Österreichischer Städtetag**  
**9. Juni 2016, Innsbruck**

**FAG 2017:**  
**„Realistische Ziele umsetzen“**

- Die bisherigen Verhandlungen
- Positionen des Österreichischen Gemeindebundes
- Schlussfolgerungen und Ausblick



## Die bisherigen Verhandlungen (seit 4/2015)

- Ausgangslage
  - Die Jahre der Finanz- und Wirtschaftskrise sitzen bei allen tief (kaum Kompromissbereitschaft)
  - Budgetärer Druck (v.a. im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich)
  - „Großer Wurf“: Medialer und selbst auferlegter Erfolgsdruck (vor allem beim Bund)
- Umfangreiche Palette an Reformthemen
  - Zeitverlust durch Diskussion von Themen abseits des FAG
  - Informationsasymmetrie und Kurzfristigkeit der Vorlage von Papieren (Positionsbildung für Länder und Gemeinden aber auch bundesintern schwer möglich)
- Zielorientierung nicht immer gegeben
  - Keine Aufgabendiskussion, stattdessen Orientierung an Ausgaben
  - Wem nützt ein einfacheres Finanzausgleichsgesetz: Bürger? Medien?
  - Wird bei mehr Abgabenautonomie wirklich sparsamer gewirtschaftet?
  - Aufarbeitung vorhandener Ungerechtigkeiten im FAG nicht erwünscht



Österreichischer  
Gemeindebund

## Positionen des Österreichischen Gemeindebundes zum FAG 2017

- Finanzielle Verwerfungen durch FAG 2017 vermeiden
  - Vereinfachung darf nicht zu Ungerechtigkeiten führen, gewisse Unterschiede sind zu berücksichtigen (z.B. Preisniveau)
  - Vorhandene Einnahmenunterschiede durch neue (aufgabenorientierte) Verteilungsschlüssel nicht noch weiter verstärken
- „Grauen Finanzausgleich“ wirksamer eindämmen
  - Mehrausgaben/Mindereinnahmen durch Gesetze und VO (Bund/Land)
  - Regelungen der Wirkungsorientierten Folgenabschätzung (WFA) werden vom Bund kaum eingehalten (Folgekosten für Gemeinden werden so gut wie nie mitbedacht)
  - BMVIT verschleppt Konsultationsverfahren bei EisbKrV 2012
- Reform der Grundsteuer
- Finanzielle Beteiligung des Bundes an Mindestsicherung
- Verlängerung und Valorisierung des Pflegefonds
- Schaffung eines Strukturfonds (Vollzug durch Länder)



Österreichischer  
Gemeindebund

## Resümee und Ausblick

- Bekenntnis des Bundes zu Stadt und Land?
  - Arbeitsprogramm der Bundesregierung: „Sicherung einer gleichwertigen Daseinsvorsorge“
  - Unterstützung der Städte im Sozialbereich (bei BMS werden sich die Kosten heuer mehr als verdoppeln – Stichwort Flüchtlingskrise)
  - Unterstützung der strukturschwachen Gemeinden im ländlichen Raum
- Ist das aktuelle Leistungsniveau weiter finanzierbar?
  - Für einen fairen Ressourcenausgleich muss auch klar sein, welche Aufgaben/Lasten über den Finanzausgleich abgegolten werden.
  - Aufgabendiskussion ist überfällig
- Alle Kommunen brauchen gewissen finanziellen Spielraum
  - Verwalten UND gestalten können nicht mehr alle Kommunen
- Konzentration auf das Wesentliche bei FAG 2017
  - Was ist bis 1.1.2017 möglich? Was soll danach weiterverfolgt werden?
- Kostenbewusstsein auf- und Bürokratie abbauen